

Materialien zu Europa

# Die Europäisierung des Grundsatzprogramms der SPD

Anstöße zu einem gemeinsamen Konzept  
der demokratischen Linken in Europa

Herausgegeben von Katharina Focke

# Vorwort

## Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Heidmarie Wieczorek-Zeul Die Linke muß die Europäische Gemeinschaft nutzen	5
Peter Glotz Die Linke und Europa: Thesen über die soziale Demokratie als europäische Idee	15
Auszüge aus dem Europa-Wahlprogramm 1984	27

Die SPD befindet sich mitten in einer aufregenden Programmdiskussion - aufregend, weil die Fortschreibung ihres Godesberger Programms über die SPD im doppelten Sinn hinausweist: Es geht um die Europäisierung ihrer Grundsatzprogrammatik und zugleich um den Anstoß zu einem gemeinsamen Konzept der demokratischen Linken in Europa, in dessen Mittelpunkt die Reform und Aktivierung der Europäischen Gemeinschaft stehen muß, wenn aus dem Konzept funktionsfähige politische Handlungsinstrumente werden sollen.

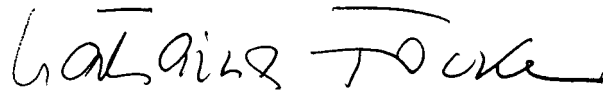
Diese Broschüre vereint für diese Diskussion wichtige Denkanstöße. Da ist einmal der Beitrag von Heidmarie Wieczorek-Zeul, Mitglied des Parteivorstands und seiner Programmkommission und stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Ihre Thesen gehen von dem Funktionsverlust des Nationalstaates aus, und das heißt, von dem untauglich gewordenen Versuch, sozialdemokratische Wertvorstellungen in der Gesellschafts- und Friedenspolitik allein oder auch nur vorwiegend mit nationalen Politik-Instrumenten verwirklichen zu wollen. Statt dessen wird auf die unausweichliche Notwendigkeit hingewiesen, den nationalen Steuerungsverlust durch übernationale Instrumente auszugleichen - und das kann nach dem Stand der politischen Entwicklung nur in dem Versuch bestehen, die Europäische Gemeinschaft zu reformieren und handlungsfähiger zu machen.

Der Text der Rede, die Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, am 24. Juni 1985 vor dem Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn gehalten hat, ist ein Plädoyer für die soziale Demokratie als europäische Idee. Peter Glotz entwickelt seine Thesen, die die unabwiesbaren Gründe für eine Europäisierung sozialdemokratischer Politik auf den Feldern der Ökonomie und der Kultur aufzeigen. Ihn beschäftigt vor allem die Gefahr der möglichen Bedrohung der Eigenständigkeit der europäischen Kultur oder - genauer gesagt: der europäischen Kulturen - der unterschiedlichen Nationalkultur und ebenso wie der Alltagskultur, der demokratischen Massenkultur ...". Er formuliert als Ergebnis seiner Analyse sieben Thesen für ein europäisches Programm der demokratischen Linken und konkretisiert dies in zehn Grundsätzen, die den Bogen schlagen zum Europa-Wahlprogramm der SPD für 1984.

Auszüge aus diesem Europa-Wahlprogramm der SPD für die zweite Direktwahl zum Europäischen Parlament 1984 sind in den dritten Teil der Broschüre aufgenommen worden. Sie belegen eindringlich, welche Ansätze zu europäischem Handeln durch die Arbeit der Linken im Europäischen Parlament bereits geschaffen wurden und wie bereits von der SPD und insbesondere ihren europäischen Abgeordneten für die jetzt laufende Programmdiskussion vorgearbeitet wurde.

In den nächsten Monaten wird sich die Programmdiskussion der SPD intensivieren und verbreitern - so hoffe ich jedenfalls. Diese Broschüre soll denjenigen in die Hand gegeben werden, die sich daran beteiligen wollen.

Dezember 1985



Heidemarie Wieczorek-Zeul

# Die Linke muß die Europäische Gemeinschaft nutzen

## Entwicklungstendenzen in Europa

Das Godesberger Programm und die bisherige SPD-Politik berücksichtigen eine Reihe von Entwicklungen nicht oder nur ungenügend:

- einen partiellen Funktionsverlust der Nationalstaaten dadurch, daß Kapital- und Handelsströme international verlaufen und die nationalen Grenzen längst überwunden haben,

- die Tatsache der bestehenden Europäischen Gemeinschaft, in der sich neue Regelungsmechanismen entwickelt haben, die nationalen Handlungsspielraum einengen, ohne daß eine ausreichende überstaatliche Institution, parlamentarische Kontrolle und Gegenmacht der Arbeitnehmer auf der EG-Ebene entwickelt wurden,

- die Tatsache, daß wir unsere sozialdemokratischen Wertvorstellungen von einer demokratischen, solidarischen friedlichen Gesellschaft am besten noch im Rahmen und unter Nutzung der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen können,

- die potentielle Rolle Europas (bzw. der Europäischen Gemeinschaft) in den internationalen Beziehungen.

### **Der Funktionsverlust des Nationalstaates**

Der Nationalstaat ist wirtschaftspolitisch nicht mehr unbeschränkt souverän. Vor allem Staaten mit hoher außenwirtschaftlicher Verflechtung müssen damit rechnen, daß ihre bisherige Beschäftigungspolitik, die auf der Stärkung der Nachfrage basierte, leerläuft. Das Beispiel Frankreichs zeigt, daß eine aktive nationale Vollbeschäftigungspolitik völlig ohne das gewünschte Ergebnis bleibt, wenn - wie geschehen - die Nachfrage z. B. in der Bundesrepublik befriedigt wurde. Mit fatalen Folgen für die französische Außenhandelsbilanz. Untersuchungen der nordeuropäischen Gewerkschaftsbünde belegen, daß bei traditionellen beschäftigungspolitischen Ankermaßnahmen im nationalen

Maßstab außerhalb Dänemarks doppelt so viele Arbeitsplätze entstehen wie im Lande selbst. Es ist seit den 70er Jahren ein transnationaler Finanzmarkt entstanden, der national schwer zu kontrollieren ist und der zu einem Verlust der nationalen Zinssouveränität" (Fritz Scharpf) geführt hat. Damit ist aber der Beschäftigungspolitik à la Keynes national ein wichtiges Instrument entzogen.

### **Auf EG-Ebene sind die Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen strukturell benachteiligt**

Mit der Bildung der Europäischen Gemeinschaft wurde auf das Kapitalinteresse an der Existenz eines großen Gemeinsamen Marktes reagiert. Dabei wurden gleichzeitig neue überstaatliche Regelungsmechanismen entwickelt, die die nationale Politik beeinflussen, aber nur teilweise national durch die Exekutive verantwortet werden und die auf jeden Fall nationaler parlamentarischer Mitwirkung entzogen sind. Beispiele dafür sind unter anderem das EG-Recht, in Richtlinien und Verordnungen, das national bindend ist. Bestehende gemeinschaftliche Regelungen, wie etwa die EG-Wettbewerbspolitik oder die EG-Agrarpolitik stellen einen Handlungsrahmen für nationale Politik dar, der eindeutig nicht verändert werden kann.

Mit der Außenhandelspolitik der EG ist der gesamte Bereich des Handels mit Drittländern der alleinigen nationalen Entscheidung entzogen. Dies gilt für Zoll- und Han-

delsabkommen, handelspolitische Schutzmaßnahmen, "Selbstbeschränkungsabkommen" etc.

Es ist nicht gelungen, den Funktionsverlust des Nationalstaates durch eine neue funktionsfähige überstaatliche Institution und eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen. Gleichzeitig ist mit der Entstehung der Europäischen Gemeinschaft ein wichtiges demokratisches Recht, das der parlamentarischen Kontrolle, auf der Strecke geblieben und nicht ausreichend auf das Europäische Parlament übertragen worden. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer sind dadurch begrenzt.

### **Die EG muß den Wirkungen internationaler Marktentwicklung gegensteuern**

Andererseits wird die Notwendigkeit einer regionalen (und nicht bloß nationalen) Gegensteuerung gegen die Wirkungen internationaler Marktentwicklung immer dringlicher. Die EG könnte deshalb die Möglichkeit einer wirtschaftspolitischen Steuerung bieten, die wir dringend brauchen, um diesen Trends entgegenzuwirken. Sonst besteht die Gefahr einer grundlegenden Veränderung der europäischen Gesellschaften, in der die Verwirklichung sozialdemokratischer Wertvorstellungen nicht mehr möglich ist!

Die neu entwickelten Industrieländer aus der Dritten Welt können mit niedrigen Löhnen den EG-Staa-

ten in den wichtigsten Bereichen der Standardproduktion Konkurrenz machen.

Eine bloße Anpassung an diese Entwicklung nach der Theorie der internationalen Arbeitsteilung führt entweder zu massivem Druck auf die Löhne in den Industriestaaten oder/und die Verlagerung der Industrien bzw. ihrer arbeitsintensiven Teile, d. h. zu wachsender Arbeitslosigkeit zusätzlich zu den anderen Ursachen der Arbeitslosigkeit.

In dieser Situation wird auch in europäischen Ländern die Orientierung auf die sogenannten "Spizentechnologien" als Ausweg zur Schaffung neuer Exportchancen propagiert.

Dabei kommt es aber zu einem "Technologie-Wettrüsten" zwischen den Europäern und den USA und Japan, bei dem die Europäer eine "nachholende Entwicklung" finanzieren müssen, um auf dem Weltmarkt ihre Wettbewerbsfähigkeit gegen die USA und Japan zu erkämpfen.

Bei bloßer Anpassung an die Strategien und Technologien der USA und Japans werden innergesellschaftliche Verhältnisse der USA und Japans "importiert".

Das SPD-Europaprogramm von 1984 beschreibt den Prozeß so: "Das alleinige Diktat einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt (würde) erst recht zu einer Entwicklung führen, bei der extreme Rationalisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abbau ge-

werkschaftlicher Rechte, ja die radikale Abkehr von dem Ziel einer sozialen Demokratie die Folge wären."

### **Die EG muß ihre eigene Rolle in den internationalen Beziehungen definieren**

Das Godesberger Programm kannte den Prozeß der Ausdifferenzierung der Interessen zwischen den industrialisierten Ländern noch nicht. Folglich werden auch wirtschaftliche Konflikte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA nicht gesehen, die auch politische Konflikte nach sich ziehen.

Diese Konflikte beruhen insbesondere darauf, daß die USA ihre wirtschaftliche Vormachtstellung erhalten und ausbauen, eigene technologische Vorsprünge sichern und die bilaterale Abhängigkeit der EG von den USA mit allen Mitteln aufrecht halten wollen.

Es wird auch nicht gesehen, daß die Europäer eigene Interessen haben, die u. a. aus ihrer geographischen Lage, ihrer Rohstoffabhängigkeit und ihrer gewachsenen Wirtschaftskraft resultieren. Diese objektiv unterschiedlichen Interessen zwischen USA und Europa bedingen unterschiedliche Rollen in den internationalen Beziehungen. Die Europäische Gemeinschaft sichert ihre Rohstoffe durch Kooperation mit den Entwicklungsländern, sie ist an Handelszusammenarbeit mit der Dritten Welt und den Ländern Osteuropas interessiert. Dieses stärkere Kooperationsinter-

esse macht friedlich. Ihm entsprechen objektiv unterschiedliche Sicherheitsinteressen zwischen den USA und den EG-Ländern. Es bie-

tet eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte interregionale Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

### **In ihrem neuen Programm muß die SPD Konsequenzen aus diesen Entwicklungen ziehen**

Die SPD muß die EG nutzen, um auf die Faktoren, die den Weltmarkt bestimmen, steuernd einzuwirken. Sie muß die EG nutzen, um transnational operierende Unternehmen zu kontrollieren, sei es durch neue gesetzliche Regelungen zur stärkeren Information und Beteiligung der Arbeitnehmer, sei es durch neue Bestimmungen für ihr Geschäftsgebaren (Verrechnungspreise etc.).

Sie muß die EG nutzen, um besser und geschlossener auf die geplanten Strategien der USA und Japans auf dem Weltmarkt reagieren zu können.

Die USA bestimmen über ihre Wirtschafts-, Handels- und Geldpolitik zunehmend die wirtschaftlichen Daten für die Entwicklung in den einzelnen EG-Ländern und in den Ländern der Dritten Welt.

Durch ihren verzerrten Dollarkurs ziehen sie Kapital aus Europa ab, schwächen die Investitionstätigkeit in Europa - mit der Folge protektionistischer US-Maßnahmen zum Schutz heimischer Industriezweige - und tragen zur Vergrößerung der Schuldenlast der Länder der Dritten Welt bei.

Japan fährt seine bekannte nationale Strategie des "industrial targeting", mit dem japanische Exportinteressen gezielt auf den Markt der EG einwirken. Damit erwächst den Europäern eine Herausforderung, der sie als einzelne Staaten nicht gewachsen sind bzw. der sie sich allein nur anpassen und unterwerfen könnten.

In der Praxis wächst der nationale ad-hoc-Protektionismus der EG-Mitgliedstaaten als Reaktion auf Billigimporte und die japanischen Exportstrategien zum Schutz gefährdeter Industrie und Arbeitsplätze. Die Tendenz zu nationalen Alleingängen nimmt zu. Wenn das abstrakte Prinzip des Freihandels in den Außenwirtschaftsbeziehungen der EG weiterhin aufrechterhalten bleibt, besteht die Gefahr des Zerfalls auch des bisherigen EG-Binnenmarktes bzw. neuer handelspolitischer Schranken mit anderen westeuropäischen Handelspartnern. 65 % der Exporte der EG-Mitgliedstaaten gehen aber in andere Mitgliedstaaten bzw. auf andere westeuropäische Märkte. D. h. wegen des Prinzips des Freihandels der EG nach außen, gegenüber einem Drittel ihrer Märkte,

würde sie den Handel mit zwei Dritteln ihrer Märkte gefährden.

Andere Mitgliedstaaten, die in dem Prozeß der weltweiten Anpassung nicht mithalten können, würden nationale Schutzmaßnahmen ergreifen; der Zerfall des EG-Binnenmarktes und damit der Zerfall eines Marktes, auf den die Bundesrepublik immerhin 50 % (bzw. 70 %) ihrer Exporte entsendet, wäre unaufhaltsam.

Die SPD sollte deshalb die EG nutzen, um eine geplantere Außenhandelspolitik gegenüber den wichtigsten Industrieländern, den Newly Industrialized Countries

und den Entwicklungsländern zu entwickeln, die in den wichtigsten Industriesektoren oder den neu zu entwickelnden Technologiefeldern "verhandelte Politiken" bedeuten wird. Nur so kann dem Trend des nationalen Protektionismus entgegengewirkt und der Prozeß der Anpassung gesteuert werden.

Die SPD muß anerkennen, daß die Ebene der Europäischen Gemeinschaft nicht bloß eine Ergänzung national betriebener Politik darstellt. Sondern sie muß auch ihre bisherige nationale Politik daraufhin überprüfen, ob deren Annahmen noch stimmen und ihre Instrumente noch funktionieren können.

### **Die SPD muß sich für die Stärkung und Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft engagieren**

#### **Die Ursachen der Stagnation benennen**

Dazu gehört als wichtige Vorbedingung, die Ursachen der aktuellen Stagnation der EG offen zu benennen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen:

- Das Römische Vertragskonzept ist ausgeschöpft. Die unvermeidliche und häufige Berufung auf die Vertragsergänzungsklausel des Artikels 235 beweist das, mehrfach wird der Anwendungsbereich des Artikels 236 (Ratifizierungsbedürftigkeit durch die nationalen Parlamente) gestreift. Es geht bei dem Bereich der neuen Politiken faktisch beständig um nachgeholte Vertragsverhandlungen.

- Die Integrationsphilosophie, wie sie den Römischen Verträgen zugrundeliegt, ist überholt und angesichts der wirtschaftlichen Krisen gescheitert. Sie beherrscht aber heute noch die Vorstellungen. Es hat sich gezeigt, daß der lediglich auf dem Prinzip des großen Gemeinsamen Marktes basierende Integrationsansatz nur zu Zeiten hoher Wachstumsraten funktioniert und eben gerade nicht dazu beiträgt, "nationale Differenzen bei fortschreitender Integration leichter zu überwinden", sondern daß in der wirtschaftlichen Krise und bei sinkenden Wachstumsraten die Integration stagniert, ja zurückgeht. Denn die Risiken und Kosten der

Integration, zumal zusätzlicher Integration, treten dann offener zutage und sind leichter zu kalkulieren als mögliche Gewinne und angebliche Vorteile.

### **Die Europäische Politische Gemeinschaft auf neuer vertraglicher Grundlage verwirklichen**

Welche Europäische Gemeinschaft strebt die SPD an? Diese Frage muß sie grundsätzlich vor allen Fragen ihrer Stärkung und Demokratisierung beantworten. Wenn die Europäische Gemeinschaft ohne steuernde Politik sich weiterhin selbst überlassen bleibt, besteht die Gefahr, daß sie auf eine mehr oder minder funktionierende Freihandelszone reduziert wird. Dieser Freihandelszone entsprächen intergouvernementelle Entscheidungsprozesse, mithin ein Rückgang der erreichten Integration, ein Rückgang der vorhandenen schon eingeschränkten, Beteiligung des Europäischen Parlamentes. Die EG als Steuerungsinstrument würde nicht mehr bestehen. Damit wäre die Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele erschwert. Dem Prozeß muß deshalb entgegengewirkt werden.

Es ist und bleibt das Ziel der SPD, eine volle Europäische Politische Gemeinschaft und eine neue vertragliche Grundlage zu verwirklichen und damit eine überstaatliche Institution und volle parlamentarische Kontrolle dem Spiel der Kapitalkräfte entgegenzustellen.

Aber es muß gleichzeitig anerkannt werden, daß diese voll integrierte

Politische Gemeinschaft auf absehbare Zeit nicht mit allen 10 (bzw. 12) Mitgliedstaaten zu verwirklichen ist, da es in einer Reihe von Mitgliedstaaten erhebliche Vorbehalte dagegen gibt.

Wenn man das Ziel verfolgt, keinen Mitgliedstaat von der Integration - abzukoppeln", dann muß die Konsequenz sein, einen Prozeß der Integration zu verfolgen. Die voll integrierte Europäische Politische Gemeinschaft ist dann nur in Reformschritten langsam zu erreichen. In diesem Prozeß müssen aber die Steuerungsfunktionen der EG, ihre Handlungsfähigkeit, die Rechte des Europäischen Parlamentes und der Bevölkerung gestärkt werden.

### **Elemente und Instrumente sozialdemokratischer Wertvorstellungen stärken und entwickeln**

Auf EG-Ebene müßten alle Elemente und Instrumente gestärkt werden, die ein eigenständiges europäisches Gesellschaftsmodell, das sozialdemokratischen Werten entspricht, sichern bzw. entwickeln helfen.

Deshalb sollte eine neue und andere Industrie- und Technologiestrategie auf EG-Ebene gefördert werden, die vor allem auf Rationalisierung bei Rohstoff- und Energieverbrauch abstellt, statt bei menschlicher Arbeitskraft, die gezielt Technologien fördert, die den Einsatz von Rohstoffen und Energie verringern, die Umwelt schützen, mit menschlicher Arbeitskraft sinnvoll umgehen und zur Humanisierung

der Arbeitswelt beitragen. Öffentliche Mittel sollen sich auf Produktinnovation konzentrieren.

Gleichzeitig sollten auf EG-Ebene hohe Standards festgelegt werden, die für die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt gelten sollen. Die Einführung gemeinsamer Produktions-, Produkt- und Umweltstandards ist dann nicht nur eine Voraussetzung zur Erschließung des europäischen Binnenmarktes, sondern erhöht auch die Wettbewerbsfähigkeit nach außen.

Die EG könnte so zu einem innovativen Anknüpfungspunkt werden für eine Entwicklung, die anders verläuft als in den USA und Japan. Aber auch für die Industrien, die sich bereits in der Krise befinden oder für die sie absehbar ist, sollte eine vorausschauende gemeinschaftliche Politik entwickelt werden, die Elemente der Außenwirtschaftspolitik, der Wettbewerbs-, Regional- und Forschungspolitik koppelt und die das Instrument der Offenlegung der Investitionen einsetzt.

Auf allen Ebenen dieser Politiken soll eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften gewährleistet werden, wie auch bei allen neuen Großinvestitionen eine Umweltverträglichkeitsprüfung angewandt werden soll.

Ohne eine derartige Industriepolitik wird das "deutsche Interesse" an einem funktionsfähigen Binnenmarkt nicht verwirklicht werden können, da sie den Interessenausgleich für die weniger wirtschafts-

starken EG-Mitgliedsländer darstellt. Nur so wird aber auch ein regionaler Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen in der EG möglich, der dem sozialdemokratischen Prinzip der Solidarität entspricht. Eine europäische Industriepolitik erfordert eine Übertragung von Ausgaben und mithin einen wachsenden Anteil am nationalen Sozialprodukt.

Mit der Stärkung des Gewichtes der EG muß ohnehin eine Verlagerung von Haushaltsmitteln erfolgen. Ein Anteil von augenblicklich 0,8% des Bruttosozialproduktes für die EG reicht bei weitem nicht aus, damit die EG die Funktionen erfüllen kann, die Sozialdemokraten von ihr erwarten.

Die Tatsache, daß der Binnenmarkt in der Europäischen Gemeinschaft noch längst nicht alle "Freiheiten" für Personen, Waren und Dienstleistungen verwirklicht hat, ist das Indiz für eine Angstreaktion auf die wachsende Arbeitslosigkeit und stellt eine Form des neuen Protektionismus dar. Den Binnenmarkt tatsächlich zu vollenden ist aber aus mehreren Gründen notwendig: Er sichert gerade für die Bundesrepublik Exportchancen und damit Arbeitsplätze, mehr als jede andere Region der Welt. Ohne einen einheitlichen großen Markt, der augenblicklich 270 Millionen Verbraucher, künftig 310 Millionen Verbraucher zählt, ist die Entwicklung neuer alternativer Technologien weniger kostengünstig. Damit wäre aber ein Gegengewicht auf dem Weltmarkt schwerer herstellbar.

Deshalb müßten wichtige Hindernisse u.a. bei der Mehrwertsteuer durch eine Harmonisierung bzw. eine Reduzierung der Bandbreiten des Normalsatzes beseitigt werden, damit auf Grenzausgleich und Grenzformalitäten verzichtet werden kann.

Ein weiterer Bereich, in dem die EG handlungsfähiger werden muß und in dem die EG gestärkt werden muß, ist das Europäische Währungssystem (EWS). Es ist eine notwendige Bedingung und Ergänzung des Binnenmarktes und stellt die Basis für eine größere Unabhängigkeit der Gemeinschaft von der weiter dominierenden Reservewährung, dem US-Dollar, dar. Trotz der Widerstände in der Bundesrepublik muß sich die SPD entsprechend ihren Zielen deshalb einsetzen für die Weiterentwicklung des EWS in Richtung auf ein echtes Währungssystem mit eigener Reservehaltung und für die Nutzung einer gemeinsamen europäischen Währungseinheit, die als allgemeines Zahlungsmittel dienen soll.

### **Die EG durch Reformen beweglicher machen**

Eines der Hauptargumente gegen die Nutzung der EG ist das ihrer mangelnden Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit. Abgesehen davon, daß die SPD selbst durch ihre Politik diese Faktoren beeinflussen kann, müssen wichtige Reformen vorgenommen werden, um die EG beweglicher zu machen. Wie sich abzeichnet, soll dies vor allem über Ergänzungen der Römischen Verträge in den Fällen erfolgen, die bisher nach Artikel 235 entschieden werden mußten, d.h. also in Fällen der Entwicklung neuer gemeinschaftlicher Politiken, zum Beispiel der Industriepolitik.

Innerhalb oder außerhalb solcher neuer vertraglicher Grundlagen könnten Fortschritte in der EG dann leichter erfolgen, wenn die Integrationschritte differenziert (nach Sachbereich) vollzogen werden könnten. D. h. die Länder, die eine solche neue Politik vollziehen wollen, tun dies nach gemeinschaftlichen EG-Bestimmungen - und damit unter Kontrolle auch durch das Europäische Parlament - und akzeptieren, daß es befristete (oder unbefristete), nichtdauerhafte Maßnahmen gibt, denen andere EGLänder sich (noch) nicht anschließen, deren Ziele sie aber teilen. Dies könnte selbstverständlich nur für die Politiken gelten, die nicht in den bestehenden Verträgen vorgesehen sind und die außerhalb des Kernbereiches des Gemeinsamen Marktes liegen. Dies ist kein Plädoyer für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, sondern ein Vorschlag, wie die EG als Ganzes handlungsfähiger werden, der EG-Rahmen und die parlamentarische Kontrolle erhalten bleiben und dennoch alle EG-Mitgliedsländer in einen gemeinschaftlichen Prozeß einbezogen bleiben können.

Unabhängig von derartigen neuen bereits vorher durch Vereinbarungen zu den vertraglich vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen im

Ministerrat zurückgekehrt werden. Ein Hauptfehler des institutionellen Konzepts und der bisherigen Praxis ist die Tatsache, daß das Parlament zu schwach in seinen Zuständigkeiten ist, um demokratische Kontrolle, Mitwirkung und Entscheidung zu garantieren.

Ziel sozialdemokratischer Politik muß es daher sein, im Rahmen vertraglicher Änderungen, das Europäische Parlament in allen Feldern der Gemeinschaftskompetenz wirksam am Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Das heißt zum Beispiel:

- Dem Parlament das volle Haushaltsrecht zu garantieren,
- ihm ein Mitentscheidungsrecht bei der EG-Gesetzgebung zu sichern,
- ihm das Recht zu geben, Verträge der Gemeinschaft mit dritten Staaten zu ratifizieren,
- dem Parlament die Mitwirkung bei der Bestellung der Kommission zu ermöglichen,
- das Parlament an der außenpolitischen Zusammenarbeit (EPZ) zu beteiligen.

Ohne eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments wäre eine wichtige Wertvorstellung sozialdemokratischer Politik nicht eingelöst: Daß sich alle staatlich ausgeübte Macht parlamentarisch legitimieren muß und daß die Interessen der Bevölkerung, der Arbeitnehmer in diesem Prozeß wirksam einfließen können.

Gleichzeitig muß es Sozialdemokraten darum gehen, das Prinzip

der Beteiligung der betroffenen Bevölkerung überall da, wo dies sachlich möglich ist - wie z. B. bei der Umweltverträglichkeitsprüfung -, zu verankern, und damit der Tendenz zur Zentralisierung entgegenzuwirken. Denn wir streben keinen europäischen Superstaat an, sondern ein Zusammenspiel von Entscheidungsebenen, um ein Höchstmaß an Beteiligung und Kontrolle bei Entscheidungen zu ermöglichen.

### **Friedenssicherung durch Entwicklung einer kohärenten EG-Außenpolitik**

Dem ökonomischen Gewicht der EG entspricht bisher in keiner Weise ihre politische Bedeutung. Dies resultiert aus einem Neben- und Gegeneinander nationaler Außenpolitiken und Entwicklungspolitiken und der Tatsache, daß auf EG-Ebene die verschiedenen Handlungsfelder der EG-Außenbeziehungen: Die EPZ, die Entwicklungspolitik, die Außenwirtschaftspolitik unkoordiniert und teilweise gegenläufig nebeneinander bestehen.

Eine wichtige Voraussetzung, um die EG auch politisch zu einer eigenständigen Kraft zu machen, ist daher die Entwicklung einer kohärenten EG-Außenpolitik. Diese hätte mehrfache Vorteile für die internationalen Beziehungen. Die EG könnte ihr eigenes Lebensprinzip "Friedenssicherung durch Zusammenarbeit" sowohl im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt als auch zu den osteuropäischen Län-

dern besser einbringen und damit ein Gegengewicht gegen die US-amerikanische Konfrontations- und Vormachtpolitik darstellen.

Sie würde gleichzeitig den osteuropäischen Ländern ein Beispiel für die Emanzipation von ihrer Blockmacht geben.

Gegen die US-Politik der Militarisierung der Ressourcensicherung und der Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Dritte Welt steht die EG-Perspektive einer inter-regionalen Kooperation zwischen der EG und anderen Regionen der Dritten Welt, die von der Suche nach gemeinsamen Interessen und deren Realisierung mit politischen und ökonomischen Mitteln ausgeht.

Teil einer stimmigen Außenpolitik der EG müßte eine entschiedenere Wahrnehmung der europäischen Interessen gegenüber den USA sein. Die zum Teil objektiv unterschiedlichen Sicherheitsinteressen zwischen USA und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sollten dazu führen, daß Sozialdemokraten die Tendenzen zu einer "Europäisierung der Sicherheitspolitik" positiv aufgreifen und sie in ihrem Sinne gestalten: Als Abrüstungskooperation und mit dem Ziel, die Supermächte "auseinanderzurücken" u. a. durch ein atom- und chemiewaffenfreies Europa.

Auf drei Wegen und in unterschiedlichem politisch-institutionellen Rahmen kann eine solche Europäisierung der Sicherheitspolitik vorangetrieben werden:

- durch Einbeziehung sicherheitspolitischer Fragen in eine verstärkte Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ),
- durch eine Erweiterung der Funktion der Westeuropäischen Union (WEU),
- durch die Schaffung einer neuen Organisationsstruktur außerhalb des Rahmens der integrierten militärischen Struktur der NATO.

Die Europäische Gemeinschaft könnte gleichzeitig wichtige Initiativen für die Verwirklichung einer gesamteuropäischen Sicherheitspartnerschaft und Zusammenarbeit ergreifen.

Hierzu könnten eine gemeinsame Ost-West-Abrüstungsinitiative zugunsten einer verstärkten Hilfe für die Entwicklung der Dritten Welt ebenso gehören, wie die Untersuchung der Gefahren, die sich aus neuen Rüstungsschritten, wie z. B. der Entwicklung von Weltraumwaffen für gesamteuropäische Sicherheitsinteressen ergeben.

Gleichzeitig sollte der Ost-West-Handel, die wirtschaftliche und technologische Kooperation verstärkt werden.

Peter Glotz

## Die Linke in Europa: Thesen über die soziale Demokratie als europäische Idee

### Die Notwendigkeit der Europäisierung unserer Politik

Die These dieses Vortrags\* lautet: Es gibt heute, Mitte der 80er Jahre, neue, unabwiesbare Gründe für eine Europäisierung unserer Politik. Und dabei spreche ich bewußt als Sozialdemokrat, als Angehöriger einer manchmal noch imaginären, jedenfalls nicht systematisch und wirkungsvoll organisierten europäischen Linken. Ich behaupte nämlich, daß Europa - über dessen Existenz als politisch handelndes Subjekt in den nächsten fünfzehn Jahren entschieden wird - nur von der Linken stabilisiert und auf eine einigermaßen gemeinsame Politik verpflichtet werden kann - wenn

überhaupt von jemandem. Gleichzeitig gilt meine These auch in umgekehrter Richtung: Die soziale Demokratie und erst recht der demokratische Sozialismus sind heute nur noch als europäische Konzepte realisierbar; als nationale werden diese Ideen täglich illusionärer und hilfloser.

Was sind die neuen, unabwiesbaren Gründe für die notwendige Europäisierung unserer Politik? Sie liegen, so behaupte ich, auf dem Feld der Ökonomie und der Kultur - in der Entmachtung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die Entstehung transnationaler Finanzmärkte

\*Vortrag vor dem Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung am 24. Juni 1985 in Bonn.



auf der einen Seite und der Gefährdung europäischer Identität durch die Entwicklung international operierender - neuer Medien".

### **Außenpolitische Motive nach den beiden Weltkriegen**

Die europäischen Impulse nach den beiden Weltkriegen waren außenpolitischer Natur. Das gilt für Richard Coudenhove-Kalergi - Pan-Europa" ebenso wie für die Ideen der Gründerväter nach 1945 - Jean Monnet, de Gaulles, Adenauer, de Gasperi.

Dabei soll man nicht verkennen, wie weit die Theoretiker Europas auch schon nach dem 1. und nach dem 2. Weltkrieg waren. Von Coudenhove-Kalergi stammt der Satz: "Europa muß, hundert Jahre nach Amerika, der Welt seine Monroe-Doktrin verkünden: Europa den Europäern." Sein Pan-Europa war ohne Rußland, allerdings auch ohne England konzipiert, es mußte, 1923, noch nicht von der Teilung Europas ausgehen, die der 2. Weltkrieg erzwungen hat. Aber damals schon formulierte dieser prophetische, aber ganz und gar bürgerliche Geist einen Satz, der heute in unserem Land mit den Schimpfworten Antiamerikanismus oder Äquidistanz bedacht würde. Er sagte nämlich: "Durch die Skylla der russischen Militärdiktatur und die Charibdis der amerikanischen Finanzdiktatur führt nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft. Dieser Weg heißt Pan-Europa." Diese europäische Konzeption brachte wirtschaftliche und kulturelle Vorgänge

mit; war aber im Kern außenpolitischer Natur.

Ähnlich nach 1945. Wer die Flut der Europa-Essays von Walter Dirks bis Rudolf Panwitz, von links bis rechts studiert, die in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg erschienen sind, spürt das Motiv: von europäischem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Auch hier waren ökonomische und kulturelle Motive nicht ausgeschlossen. Bei Panwitz heißt es - 1954 - beispielsweise: "Europa wird nicht mehr erobern, unterdrücken, entwürdigen, aussaugen, um so mehr sich als Festung verteidigen und die Umkehr des Gefälles verhindern - es wollte denn sich und seine Hochkultur verraten." Hier ist die kulturelle Dimension schon angerührt. Aber im Kern bleibt auch dieses Europa-Modell außenpolitisch motiviert: "Europa hat drei Aufgaben" - so noch einmal Panwitz - "die einer dreifachen Krise entstammen: die Ordnung seiner äußeren Gemeinschaft, die Ordnung seiner Angelegenheit mit dem Osten, die innere Ordnung seiner Einzelstaaten." Das sind noch durchaus die Kategorien klassischer Außenpolitik, die das "Geschäftliche", das "uferlose Geldverdienen und den industriell-ökonomischen Amoklauf" eher verachten.

Diese außenpolitischen Motive sind keineswegs wirkungslos geworden. Zu ihnen aber kommen zwei hinzu; und gerade eine Analyse aus der Perspektive des demokratischen Sozialismus erzwingt eine neue europäische Orientierung.

### **Die Zerstörung jedes nationalen Keynesianismus**

Was wir nämlich zur Kenntnis nehmen müssen, ist ein radikaler Machtverlust der Einzelstaaten, das heißt also, ihrer politischen Bürokratien gegenüber den Zentralbanken, international operierenden Geschäftsbanken, den transnationalen Finanzmärkten und multinationalen Konzernen. Ich bezeichne dies als den Einsturz eines tragenden Pfeilers der Staatlichkeit und wähle dafür ein Symbol: nirgends ist der Zerfall des Staates stärker sichtbar als in dem gepeinigten kleinen Land Libanon. Also spreche ich von einer Libanonisierung der Wirtschaftsfunktion der modernen Industriestaaten. Hier liegt die fast unversiegbare Quelle für die Glaubwürdigkeitsverluste demokratischer Regierungen, die - ob links oder rechts - als Oppositionen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das Herabdrücken der Inflation oder ein tüchtiges wirtschaftliches Wachstum versprechen und als Regierungen oft nichts davon realisieren können. Ich rede im übrigen nicht im luftleeren Raum, sondern habe durchaus vor Augen, daß die SPD sich derzeit in der Opposition und also auch in dieser Gefahr befinden könnte. Ich gehe zurück auf Erfahrungen aus der sozialliberalen Koalition: Wenn der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt immer wieder darauf hinwies, daß er mit den Instrumenten der nationalen Wirtschaftspolitik, selbst wenn er allein und ohne Kompromißzwang über sie verfügen könnte, höch-

stens 30 % des wirtschaftlichen Geschehens bestimmen könne, dann hat er sich nicht kleiner gemacht als er sein konnte.

Dabei ist die internationale Kapitalkonzentration und Wirtschaftsverflechtung, die in der Prosperitätsperiode nach dem 2. Weltkrieg beim Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Informationen und Technologie allerdings ein bisher unvorstellbares Ausmaß erreicht hat, die am wenigsten überraschende Ursache für den Kräfteverfall nationaler Regierungen; Marx hat sie schon vorhergesagt. Heute beherrschen 4534 internationale Konzerne mit Sitz in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft rund 50 000 Betriebe außerhalb ihres Stammlandes. Daß die Planungen dieser Konzerne das wirtschaftliche Geschehen oft wirksamer bestimmen als die Planungen irgendeiner Regierung, wird sich schwer widerlegen lassen.

Noch tiefergehend und überraschender aber war die Entwicklung der Finanzmärkte. Mit dem Regime von Bretton Woods (1944) hatten sich die Vereinigten Staaten ein wunderbares, auf ihre Interessen zugeschnittenes System geschaffen, das gleichzeitig anderen kapitalistischen Ländern Nutzen brachte. Vierundvierzig Nationen beschloßen damals die Einrichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank; und dieser Währungsfonds verpflichtete die Mitgliedstaaten, ihre Währung an Gold oder an den US-Dollar zu binden, wobei man wissen muß, daß

Ende der 40er Jahre die Vereinigten Staaten über rund 70 % der Goldreserven der ganzen Welt verfügten. Später kam noch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General-Agreement on Tariffs and Trade, GATT) dazu; er erschwerte den ärmeren, technologisch rückständigen Nationen protektionistische Maßnahmen, sicherte einen einigermaßen liberalisierten Weltmarkt und erzwang Modernisierungsenergien. Im abgeschotteten Plansystem des Ostens blieb diese Ultradynamik unerweckt - mit allen Vorteilen und Nachteilen.

Im westlichen System war klar, wer das Sagen hatte; aber es gab doch eine gewisse Steuerungsfähigkeit, eine gewisse Sicherheit in der Prognose. 1973 platzte dieses Regime; die Zentralbanken der nicht zum Dollarblock gehörenden Länder hatten die Reißleine gezogen und sich geweigert, weiter zu einem fixen Kurs Vietnam-Dollars aufzukaufen. Sie wollten ihre Anleger, ihre Sparer schützen und eine nationale "Antiinflationpolitik" ermöglichen. Was herauskam, war erstens - durch die flexiblen Wechselkurse - das Abwandern eines saftigen, dicken Stücks Macht von den Regierungen zu den Zentralbanken. Zweitens aber kam es blitzartig zur Entstehung transnationaler, von nationaler Notenbankkontrolle befreiter Finanzmärkte (Eurokreditmärkte), die nun die Situation völlig veränderten. Die jetzt gegebene (wechselkurs- und zinsempfindliche) internationale Mobilität des Kapitals führte nicht nur zu

Kreditbergen an Entwicklungsländer, die - wenn sie zusammenbrechen - Millionen von deutschen oder amerikanischen Sparern in den Strudel reißen können; sie führte vor allem zur Zerstörung jedes nationalen Keynesianismus.

Das ist es, was vor allem die Linke sich ein für allemal klar machen muß: Die Mindestrendite, die dem anlagesuchenden Kapital geboten werden muß, damit produktive Investitionen - also die Schaffung von Arbeitsplätzen - überhaupt in Erwägung gezogen werden, wird heutzutage noch weniger als je in der Wirtschaftsgeschichte durch die Politik der einzelnen "nationalen" Staaten bestimmt. Die Handlungsspielräume der nationalen Regierungen und Notenbanken sind nicht auf Null geschrumpft; aber sie sind verzweifelt eng. Angesichts dieser Entwicklung behaupte ich, daß eine wirksame Wirtschaftspolitik des demokratischen Sozialismus oder auch nur der sozialen Demokratie in den leer gewordenen Gefäßen des Nationalstaates nicht mehr möglich ist.

### **Die transnationale Funktion neuer Technologien**

Die zweite Neuerung, die die europäische Linke theoretisch aufarbeiten muß, entsteht aus der Entwicklung der modernen Technik, aus dem Zusammenwachsen von Nachrichtentechnik und elektronischer Datenverarbeitung und den politisch-ökonomischen Formen, in denen diese neue Technik ange-

wandt werden wird. Die Satellitentechnik, die neuen Speichertechnologien und die phantastische Erfindung des Glasfaserkabels bringen, da man diese Neuerungen der kommerziellen Nutzung überlassen hat, eine grundlegende Veränderung der Proportionen von Öffentlichkeit.

Der Individualisierungsprozeß, der auf uns zukommt, ist radikal. Wenn heute noch in den meisten Teilen Europas die Bürger von drei oder vier Fernsehprogrammen erreicht werden - oder andersherum gesagt, man die Bürger erreichen kann, wenn man in drei oder vier Fernsehprogrammen erscheint, bringt das nächste Jahrzehnt eine babylonische Vervielfältigung der Stimmen, die auf die Bürger eindringen. Videorecorder, CB-Funk, neue Hörfunksender mit Spezialprogrammen für die verschiedensten Gruppen, Videospiele, Stadtteilzeitungen statt Massenpresse - die Informationsstruktur wird umgestülpt. Der einzelne kann sich theoretisch jeder Manipulation durch die genormte Bilderflut großer Medien entziehen; aber auch jeder Erschütterung durch die Wirklichkeit. Es ist offen, welche Botschaften, welche Bilder über die komplizierten Kanalsysteme der Zukunft in die Köpfe der europäischen Arbeiter vordringen werden.

Und hiervon droht der Eigenständigkeit der europäischen Kultur die größte Gefahr; genauer gesagt: der europäischen Kulturen - der unterschiedlichen Nationalkultur, und ebenso wie der Alltagskultur,

der demokratischen Massenkultur, am wenigsten der großen bürgerlichen Repräsentativkultur. Im Osten führt der jahrzehntelange Kulturdirigismus zu einer Verarmung der schöpferischen Kräfte; und im Westen entsteht die Gefahr, daß große Medienkonzerne die klassische Öffentlichkeit der europäischen Gesellschaft austrocknen. Die Bildungs- und Erziehungsbewegungen aus dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts sind verebbt. Die Widerstandsenergien - besonders in der Arbeiterschaft - werden herabgemindert; die Gefahr ist groß, daß die neuen schöpferischen Kräfte für ihre Arbeit keine ökonomische Basis mehr finden und ins Ghetto sogenannter Alternativkulturen abgedrängt werden, während das Bewußtsein der Massen aus Konzernzentralen in Amerika oder Australien oder sonstwo bestimmt wird.

Angesichts dieser neuen Entwicklungen, die sich auch früher immer schon angedeutet haben, die aber jetzt, in den siebziger Jahren, durch eine Veränderung des Geldwesens und des Kommunikationswesens radikalisiert worden sind, ergibt sich die Folgerung: Die Linke ist nur noch als europäische Linke handlungsfähig. Im Hinblick auf die Diskussionen um eine Erneuerung des Godesberger Programms sage ich: Die SPD muß, aufgrund einer gründlichen politisch-ökonomischen Analyse der europäischen Situation, ihrem neuen Programm einen deutlich europäischen Akzent geben.

## Die Linke ist nur noch als europäische Linke handlungsfähig

Im Sinne dieser Analyse formuliere ich sieben Thesen - Thesen über die soziale Demokratie als europäische Idee, als europäisches Programm:

### Den Kapitalismus zur sozialen Demokratie weiterentwickeln

Der alte Kontinent muß als Ideenlieferant noch einen Beitrag zur Weltpolitik leisten: Aufnehmen, zusammenfassen, zum Leben bringen, was auf europäischem Boden in den letzten vierhundert Jahren, seit Hume und Locke, Kepler, Galilei, Descartes und Kant auf dem Humus einer dreitausendjährigen Geschichte unter schrecklichen Opfern herausentwickelt worden ist. Das aber heißt: Dem Geist des rationalistischen Individualismus gerade jetzt, am Beginn einer neuen elektronischen, die Arbeit revolutionierenden Phase der Zivilisation nicht davonlaufen, sondern das Projekt der Moderne weitertreiben. Aufgreifen, was historisch in Europa durchaus entfaltet ist: Ein auf wissenschaftlich-experimentellem Geist aufgebautes, aufklärerisches, antiheroisches, unkriegerisches Programm. Ein Programm zum Beispiel, das - erstmals in geschichtlicher Zeit - die Gleichberechtigung der Geschlechter als Möglichkeit enthält. Und hinzufügen, was aus den noch blutenden Erfahrungen der letzten Jahrzehnte kommt: Die Auseinandersetzung mit zerstörerischem Wachstum, mit

machtbewußten, international operierenden Herrschaftsgruppen und den neuen Formen des Cäsarismus, der aus ökonomischen Zusammenbrüchen entstehen kann. Mit einem Wort: Den Kapitalismus, dieses Produkt des abendländischen Rationalismus, weiterentwickeln zur sozialen Demokratie.

### Rückbesinnung auf die Vielfalt europäischer Kultur

Dabei kann es nicht um den vergeblichen Versuch gehen, mit den großen Hunden pissen zu wollen; sprich: die Europäer zu einer Supermacht zu machen. Es ist komplett sinnlos, den Amerikanern und den Sowjets ihre drückende Überlegenheit auf allen möglichen Schlachtfeldern und den Ruhm zu bestreiten, in der Weltraumtechnologie Erster zu sein; aber wie wäre es, wenn die Europäer sich rühmen könnten, die größte Pflanzenvielfalt, den farbigsten Buchmarkt, das vernünftigste System der Alterssicherung erhalten zu haben? Europäische Kultur, von Niccolo Pisano über Goethe bis zu Sören Kierkegard, von Fritz Lang bis zu Niels Bohr, kam oft aus Staatsgebilden, die machtpolitisch zweitrangig waren. Die Europäer sollten einen einzigen Gedanken an die Frage verschwenden, wo wir stünden, wenn der Verbrecher Hitler und all seine Anhänger und Mitläufer die jüdische Kultur Europas nicht in alle Winde zerstreut hätten;

wenn Albert Einstein und Paul Lazarsfeld, Leo Löwenthal und Paul Carnap, wenn die Psychoanalyse, der logische Empirismus, die Quantenphysik und so viele andere Strömungen der europäischen Wissenschaften nicht aus Europa vertrieben worden wären? Europa könnte mächtig sein, wenn es die Macht nicht nur in gemirvten Raketen vermutete - und wenn es sich zu einem neuen Selbstbewußtsein aufrafft.

Im Mittelalter dokumentierte sich das abendländische Zusammengehörigkeitsbewußtsein in Kreuzzügen; die römische Kirche schuf mit Konzilen, Orden, Universitäten und übergreifenden Rechtssystemen eine überstaatliche Ideologie. Im zwanzigsten Jahrhundert ist es mit Kreuzzügen vorbei; das stärkste Bindemittel wäre die alteuropäische Kultur. Italien hat den wirtschaftlichen Erfolg der letzten fünfunddreißig Jahre nicht so sehr seiner Technik und Wissenschaft, der Klugheit seiner Unternehmer oder der Kampfkraft und Kooperationsfähigkeit seiner Gewerkschaften zu verdanken, sondern dem Design: dieser wunderbaren, aus jahrhundertelanger Erfahrung gespeisten Fähigkeit, industrielle Produkte nach ästhetischen Maßstäben zu formen. Was spricht gegen diese - italienische Strategie"?

### Soziale Gerechtigkeit als Grundlage überzeugender Lebensformen in Europa

Europa, seine Geschichte im Rücken, kann nur dann von einem geographischen zu einem politischen

Begriff werden, wenn die Europäer die unabweisbaren Minima Moralia respektieren: soziale Gerechtigkeit. Der Sog, den die Europäer noch immer erzeugen können, ist der Sog von überzeugenden Lebensformen.

Die neokonservativen Führungsgruppen der westeuropäischen Staaten liefern Westeuropa der amerikanischen Hegemonie aus; nicht, weil sie in irgendeinem Sinn Agenten wären, sondern weil sie kein Bild von einer funktionierenden politischen Ökonomik Europas entwerfen können. Sie wollen Marktgesetze wie Naturgesetze behandeln; damit gehen sie unhistorisch hinter den europäischen Sozialstaat zurück und produzieren den Arthur-Scargill-Effekt, was soviel heißt wie: Wozu brauchen wir die Amerikaner, wir sind selber stark genug, um uns klein zu machen. Die bisher letzten Konservativen sind mit de Gaulle, Adenauer, McMillan von der Brücke gegangen; und die Klein-Bourgeoisie, die heute die konservativen Apparatebeherrscht - Margret Thatcher als Gallionsfigur -, ist historisch unfruchtbar; sie kann sich - kein Bild machen".

Auf neuer Armut und gebrochenen Gesellschaftsverträgen läßt sich kein europäischer Lebenswille gründen. In Europa sind seit 1789 zu viele Menschen für die Einheit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gestorben; wer heute diese Formel auflösen und das Ziel der Gleichheit einfach fallenlassen

will, läßt sich selbst fallen: in die Namenlosigkeit des sozialen Grabenkriegs.

### **Ein industrielles Europa als Machtfaktor der Weltpolitik**

Die Mächte des alten Europa werden selbst ihre dritten und vierten Rollen in der Weltpolitik verlieren, wenn es nicht gelingt, ein industrielles Europa aufzubauen. Wenn sie auf den Feldern Mikroelektronik, Telekommunikation und Biotechnologien nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten auftreten wollen, müssen die Europäer eine gemeinsame wissenschaftliche Forschung und eine gemeinsame Industriepolitik aufbauen. Aber auch in der Energiewirtschaft und bei der Rohstoffversorgung gibt es Risiken, die ein Land allein nicht tragen kann. Der erste Schritt in eine überstaatliche Organisation für ein wissenschaftliches und industrielles Europa muß in der Europäischen Gemeinschaft versucht werden; wenn er mißlingt, ist nahezu jede andere Konfiguration, die zu übernationalen Institutionen, Strukturentscheidungen und Außenzolltarifen führt, besser als das demagogische Theater und die würdige Hilflosigkeit handlungsunfähiger Gipfelkonferenzen.

### **Wir brauchen eine zweite Ostpolitik**

Europa wird nur eine selbstbewußtere Rolle spielen können, wenn es eine neue Partnerschaft von West- und Osteuropa zustande bringt. Grundlage einer solchen Partnerschaft ist die Garantie der bestehenden Grenzen ohne Wenn und

Aber, ein Verzicht auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa, aber gleichzeitig auch die Einsicht, daß das Verlangen dieser Völker nach Freiheit und Würde nicht erloschen ist. Die Außenpolitik vom Typus Reagan/Weinberger, die einem neuen amerikanischen Selbstbewußtsein jede Sensibilität für die Interessen des alten Kontinents geopfert hat, ist schon deshalb antieuropäisch, weil sie den osteuropäischen Staaten im sowjetischen Pferch jede Bewegungsfreiheit nimmt. Wir brauchen eine zweite Ostpolitik, die den Europäern zuerst einmal Luft schafft, indem sie im Osten und im Westen die Rüstungskosten mindert. Diese zweite Ostpolitik muß erstens auf der Basis des westlichen Bündnisses operieren und darf zweitens nicht versuchen, das östliche zu zerschlagen oder auseinanderzunehmen; aber sie muß versuchen, beide Bündnisse zu verändern.

Kein Zweifel, daß es für eine solche Politik in den kommunistischen Parteien der osteuropäischen Staaten inzwischen vorsichtige Partner gibt. Also kann solch eine zweite Ostpolitik nur von Westeuropa ausgehen; sie darf die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus keineswegs unterbrechen, darf Ideologie aber nicht feierlich-aufgeregt (und nach Renegaten-Art) an die Stelle von Politik setzen.

Es ist deutlich erkennbar: Die Flügelmacht Sowjet-Union hat die Erweiterung ihrer Einflußzone bis nach Helmstedt nicht richtig ver-

herrschaft". Viele osteuropäische Länder gewinnen politisches Eigengewicht; die deutsch-deutschen Beziehungen zeigen das besonders plastisch. Vor allem aber entsteht in den west- und osteuropäischen Gesellschaften eine neue Form kultureller Selbstbehauptung, bis hin zur aggressiven Abgrenzung von der "eigenen Supermacht". "Die flache Europa-Karte an der Wand wird wieder zum Relief" (Willy Brandt). Es gilt, diese unbewußte kulturelle Tendenz zu einer bewußten Politik umzuformen; mit einer Abnutzungspolitik einer Destabilisierung des Ostens hat dies allerdings nichts zu tun.

### **Die europäische Linke als Träger neuer sozialer Bewegungen**

Wenn die Rechte Europa in herabziehende, entkräftende soziale Konflikte stürzt, dann ist die entscheidende Frage: Kann die europäische Linke - in all ihrer Zersplitterung - die geistig-moralischen Erstickungsanfänge, unter denen wir leiden, überwinden? Kann sie sich lösen von der tragischen Erinnerung, daß Demokratie und strikter Sozialismus bisher nicht gemeinsam realisiert werden konnten? Kann sie die eingewurzelten Vorurteile gegen die als gefährlich empfundene Phantasie des Unternehmers und den Prozeß der schöpferischen Zerstörung, den er durch neue Ideen und Produkte auslöst, überwinden und gleichzeitig den keineswegs an sein Ende gekommenen Kapitalismus auf ein neues Leitbild der Investitionen, eine Strategie des qualitativen

Wachstums, eine ökologische Buchhaltung verpflichten? Kann sie die alte Lagermentalität überwinden und bündnisfähig werden, zu neuen sozialen Bewegungen wie zu Kernschichten des produzierenden, arbeitenden europäischen Kapitals? Kann sie eine neue Prosperitäts-Konstellation erzeugen, ein neues Zielsystem, ein neues Ordnungsmuster, das die lange Welle wirtschaftlicher Stockung und Unterbeschäftigung der produktiven Kräfte, in der wir treiben, wieder bricht? Und: Verfügt sie über die Qualität der Faszination, die Fähigkeit, das Denken und Fühlen der europäischen Jugend anzustacheln und zu begeistern?

### **Aus der Geschichte lernen**

Europa kann nur zu einer handlungsfähigen politischen Kraft werden, wenn die europäische Linke und ihre Bündnispartner die großen historischen Lektionen der letzten Jahrzehnte in sich aufnehmen. Werden wir die Nerven haben, aus dem Scheitern des Sozialismus des Frontalangriffs Salvador Allendes genauso zu lernen wie aus den Salven der sowjetischen, ungarischen, deutschen, bulgarischen Panzer in Prag 1968 und den Kompromissen des kommunistischen Generals Jaruzelski mit der katholischen Kirche Polens jetzt in den Achtzigern? Werden wir den Anstand haben, gegenüber den Betroffenen, den Opfern, alle Besserwisserei zu unterdrücken und trotzdem unseren eigenen politischen Weg zu gehen? Mit einem Wort: Werden wir stark genug sein, mit

einer illusionslosen, die wirklichen Widersprüche nicht leugnenden, die Brüche mit der eigenen Vergangenheit nicht scheuenden, dem Haß der Gegner standhaltenden Politik eine europäische Jugend zu gewinnen, die - zwischen Idealismus und Teilnahmslosigkeit schwankend - auf dem Weg ist,

### Schritte auf dem Weg zur sozialen Demokratie

Ich breche diese Überlegungen, die ich in einem anderen Zusammenhang ausführlicher dargestellt habe - in einem "Manifest für eine Neue Europäische Linke" (im September erschienen d. Hg.) - hier ab und füge nur noch wenige praktische Schlußfolgerungen hinzu.

#### Die europäische Linke muß stärkere und wirkungsvollere Organisationen schaffen

Die europäische Linke ist zur Zeit mehr eine Fiktion als eine Wirklichkeit. Zwar machen die bilateralen Beziehungen zwischen den französischen Sozialisten, den italienischen Sozialisten und der SPD in den letzten anderthalb Jahren gute Fortschritte; trotzdem wird man einräumen müssen, daß sowohl der Bund der Europäischen Sozialdemokratischen Parteien, als auch der Europäische Gewerkschaftsbund nicht gerade starke und wirkungsvolle Organisationen sind. Ich sage das nicht als Kritik gegen andere, sondern formuliere es auch durch-

sich in der Geschichtslosigkeit einzurichten?

Dies alles ist ungewiß. Gewiß ist nur: Europa ist derzeit der hilflose und schweigende Kontinent, ohne soziale Vision und ohne historische Mission. Ein schlafender Riese; aber einer, der beim Schlafen schrumpft.

aus selbstkritisch: Wir müßten alles versuchen, um sowohl auf der Ebene der linken Parteien wie auch der Gewerkschaften handlungsfähige Organisationen zu konzipieren.

#### Die europäische Linke muß eine europäische Strategie entwickeln

Ich habe im übrigen bewußt von der "sozialen Demokratie" als einer europäischen Idee gesprochen; und den Begriff des demokratischen Sozialismus (ganz gegen die Godesberger Sprechweise) davon abgehoben. Dies hat einen guten Grund: Ich halte es für möglich, in den großen industriellen Gesellschaften Westeuropas soziale Demokratie als europäisches Programm durchzusetzen; und ich halte diese soziale Demokratie auch für stärker als die neokonservativen Europa-Konzeptionen, die die einzelnen Länder in herabziehende Klassenauseinandersetzungen verstricken werden. Aber ein Europa der sozialen Demokratie wäre noch

kein Europa des demokratischen Sozialismus; für ein solches lassen sich große Teile der technischen und disponierenden Intelligenz und der bürgerlichen Eliten derzeit nicht gewinnen. Ich aber bin der festen Überzeugung: Ohne diese Gruppierungen ist es gar nicht möglich, den programmierten Abstieg Europas aufzuhalten. Deswegen meine ich bündnispolitisch, daß die europäische Linke eine neue Stufe der Bündnisfähigkeit zustande bringen muß. Die konventionelle Linke - die Kader der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien, also im Kern die gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterschaft und Teile der Staatsbürokratie - wird nirgends stark genug sein, um die ökonomische Krise, in der wir existieren, im Besitz der Macht durchzustehen. Nur unter zwei Bedingungen hat die Linke eine Chance: Sie muß aus den nationalen Begrenzungen ausbrechen und eine europäische Strategie versuchen; und sie muß eine moderne Links-

richtung als breite Formation bilden.

#### Die europäische Linke muß ihre Basis verbreitern

Diese neue Formation wird in jedem europäischen Land anders zusammengesetzt sein; aber überall muß sie Truppenteile der Rechten zu sich herüberziehen; in Italien katholische Arbeiter, in England und der Bundesrepublik die Schlüsselgruppe der jüngeren Ingenieure und eines Teils des mittleren Managements, in Frankreich die verlorengegangene Intelligenzia usw. Die Linke muß sich in den Achtzigern neu konstituieren; sich klar abgrenzen gegen dogmatische ("moskautreue") Strömungen; bornierte innerlinke Auseinandersetzungen (zum Beispiel gegenüber Parteien wie den italienischen Kommunisten) vermeiden und gleichzeitig sich an die Randschichten des konservativen Blocks herantrauen - oder sie verliert das Spiel.

### Grundsätze einer europäischen Politik der sozialen Demokratie

Ich schließe konkret; wenn Sie mich fragen, wie eine Politik der sozialen Demokratie in Europa aussehen könnte, so antworte ich mit zehn roh behauenen Grundsätzen. Sie lauten:

1. Eigenständige europäische Entspannungspolitik mit dem Ziel einer radikalen Absenkung der Rüstungskosten in Ost- und Westeuropa.

2. Institutionelle Reform der Europäischen Gemeinschaft, Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments vor allem in der Gesetzgebung, Mehrheitsentscheidung im Ministerrat.
3. Gezielte und koordinierte Industrie- und Strukturpolitik.
4. Europäische Währungseinheit.

5. Kontrolle des Finanz- und Spekulationskapitals. Erhöhung der Rendite von europäischen Realanlagen.
6. Koordinierte Politik der Arbeitszeitverkürzung bis zur 30-Stunden-Woche.
7. Ökologische Modernisierung durch konsequente Verschärfung der Umweltaforderungen an Produktion und Konsum.
8. Gleichstellung der Frau, auch durch positive Diskriminierung.
9. Bekämpfung der inneren Kolonisierung Europas, wo nötig

durch einen europäischen Kultur- und Medienprotektionismus.

10. Europa als Partner der Dritten Welt (Partner aus Eigeninteresse, nicht aus Philantropie).

Ich schließe mit der Überzeugung, daß die sozialdemokratischen Parteien auf diesem alten Kontinent nur dann eine Zukunft haben, wenn sie ihre Programmatik europäisieren. Die SPD hat dazu jetzt, bei der Weiterentwicklung ihres Godesberger Programms, eine gute Gelegenheit. Ich hoffe, daß sie sie ergreift.

## Auszüge aus dem Europa-Wahlprogramm 1984

### Für ein starkes und solidarisches Europa

#### **Ein starkes und solidarisches Europa kann etwas tun für unsere Sicherheit**

... Die Europäische Gemeinschaft kann auch eine wichtige Rolle spielen für den Frieden in der Welt, für den gewaltfreien Ausgleich zwischen den Staaten. Mit ihrer Handels- und Entwicklungspolitik ist die EG ein beachtlicher Partner im Nord-Süd-Dialog, dessen Bedeutung im weltweiten Konflikt zwischen Arm und Reich wächst. Sie kann ihren Beitrag dazu leisten, daß der Konflikt zwischen Ost und West nicht immer mehr auf die Dritte Welt übertragen wird. Sie kann als ausgleichende Friedensmacht in den internationalen Beziehungen wirken und zur friedlichen Regelung von Konflikten durch Kooperation und Kommunikation beitragen. Und schließlich

muß die EG, indem sie eine weithin gemeinsame Außenpolitik anstrebt, zu einer Neubeschreibung ihrer Sicherheitsinteressen kommen ...

#### **Für Europa als ausgleichender Faktor in der Weltpolitik**

Die Europäische Gemeinschaft ist auf Zusammenarbeit in der Welt angelegt und angewiesen ...

Wir Sozialdemokraten wollen weiterhin alles tun, damit die Europäische Gemeinschaft der drohenden Konfrontation der Supermächte entgegenwirkt. Sie muß "Friedenssicherung durch Kooperation und Ausgleich" als ihr eigenes Lebensprinzip in die internationalen Beziehungen einbringen. So kann sie auch im Sinne jener Sicherheits-

partnerschaft wirken, die geboten ist, wenn die Menschheit überleben will ...

Wir wenden uns gegen Versuche, die stärker gewordene Position der Gemeinschaft im Welthandel durch einseitigen politischen und wirtschaftlichen Druck zurückzudrängen. Die Europäische Gemeinschaft muß auch deshalb ihre Bedeutung als objektiv wichtigste Handelsmacht untermauern durch stärkere Eigenständigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Das friedenssichernde außenpolitische Potential der Europäischen Gemeinschaft ist in verschiedenen Bereichen des Zusammenwirkens deutlich geworden. Es gilt, die Ansätze der außenpolitischen Koordinierung mit den außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zielen und Instrumenten der Gemeinschaft in Übereinstimmung zu

bringen. Die Europäische Gemeinschaft muß ein Gesamtkonzept entwickeln, das ihren eigenen Interessen ebenso gerecht wird wie Ansprüchen, die von außen an sie herangetragen werden. Dazu gehört selbstverständlich, daß sie international Mitverantwortung übernimmt ...

Die Europäische Gemeinschaft und ihr Parlament haben gezeigt, daß sie in wichtigen Konfliktbereichen der internationalen Politik über eigenständige politische Positionen verfügen und sich für diese einsetzen: Dies gilt gegenüber der Region Mittelamerika, und dabei insbesondere für die Beurteilung der Lage in El Salvador und Nicaragua. Dies gilt auch für den Nahen Osten und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, als eines der Elemente für die Sicherung des Friedens ...

## **Ein starkes und solidarisches Europa kann sich wirtschaftlich behaupten, auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**

### **Für eine europäische Industrie- und Technologiestrategie**

Die bedrückende Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist auch das Ergebnis einer tiefen Strukturkrise der europäischen Industrie. In vielen Branchen ist die Investitionstätigkeit zurückgegangen; viele Produktionsanlagen sind veraltet. Seit Jahren bestehen Überkapazitäten in der

Stahlindustrie, der Wertindustrie, in Teilen der Chemie-, der Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie. Auch andere Industrien tun sich schwer im internationalen Wettbewerb.

Andererseits ist Europa, das seinen sozialen Fortschritt der vergangenen hundert Jahre in hohem Maße dem technischen und strukturellen Wandel seiner Volkswirtschaften zu verdanken hat, auf vielen Gebieten

in einen technologischen Rückstand gegenüber den USA und Japan geraten, besonders im Bereich der Mikroelektronik.

Deshalb ist die industrielle Erneuerung Europas eine ganz wesentliche Aufgabe der Gemeinschaft. Sie verfügt über einen gemeinsamen vertraglichen Handlungsrahmen, einen großen Binnenmarkt, ein großes wissenschaftliches und technisches Potential, außenhandelspolitische Verhandlungsmacht sowie eigene Haushalts- und Finanzierungsinstrumente. Das sind beachtliche Vorteile. Sie müssen im gemeinsamen Interesse aller genutzt werden, denn nur durch eine Konzentration der Finanzen, Ressourcen und des Know-how kann Europa auf dem Weltmarkt bestehen.

Europa braucht industrielle Erneuerung und Förderung von technologischen Neuerungen:

- in den Forschungsvorhaben und -einrichtungen der Gemeinschaft selbst;
- durch Förderung der Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung zwischen den Mitgliedsländern, ihren wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen;
- durch eine Neuverteilung nationaler und europäischer Forschungsaufgaben;
- durch wesentlich mehr Haushaltsmittel der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung.

Entscheidend aber ist: der technische Fortschritt muß in seinen Wir-

kungen sozial beherrschbar und umweltverträglich sein und darf die Arbeitnehmer nicht mit Massenarbeitslosigkeit bedrohen ...

In der Produktion kann sowohl beim Einsatz von menschlicher Arbeit als auch beim Rohstoff- und Energieverbrauch rationalisiert werden. Wir Sozialdemokraten sind dafür, gezielt solche Technologien zu fördern, die den Einsatz von Rohstoffen und Energie verringern, die Umwelt schützen, mit menschlicher Arbeitskraft sinnvoll umgehen und zur Humanisierung der Arbeitswelt beitragen.

Wir wollen, daß sich in Europa die Anstrengungen, vor allem beim Einsatz öffentlicher Mittel, auf neue Produkte, also Produktinnovationen konzentrieren; solche neuen Produkte sind wichtiger als neue Methoden bei vorhandenen Produkten. Diese neuen Produkte müssen sich an sich wandelnden Konsumgewohnheiten und an den unbefriedigten Bedürfnissen großer Gruppen in unserer Gesellschaft orientieren.

Wir sehen hier auch einen großen Tätigkeitsbereich für kleine und mittlere Unternehmen, für die die Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft konsequent eingesetzt werden müssen.

Schließlich kann die EG dazu beitragen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in bestimmten Wachstumsfeldern, wie beim Umweltbereich, beim Energiesparen oder bei der Abfallbewirtschaftung zu eröffnen. Durch ihre gemeinschaftliche,

Festlegung von Belastungswerten für die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt erhöht sie dabei die Erwartungssicherheit von Investoren. Die Einführung gemeinsamer Produktions-, Produkt- und Umweltstandards ist zudem nicht nur eine wichtige Voraussetzung zur Erschließung des großen europäischen Binnenmarktes und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, sondern erhöht auch die Wettbewerbsfähigkeit ...

### **Für offene Märkte, aber gegen das Diktat des Weltmarkts**

Der Außenhandel der Europäischen Gemeinschaft ist wichtig dafür, daß Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Allerdings führt der Welthandel allein nicht zur

*Wohlstandsmehrung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Vielmehr*

kann die Unterwerfung unter das alleinige Diktat einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erst recht zu einer Entwicklung führen, bei der extreme Rationalisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abbau gewerkschaftlicher Rechte, ja die radikale Abkehr von dem Ziel einer sozialen Demokratie die Folge wären ...

Die Europäische Gemeinschaft muß am Grundsatz offener Märkte festhalten. Aber nur eine gemeinschaftliche Außenhandelspolitik für die wichtigsten Wirtschaftsbranchen kann gewährleisten, daß der Freihandel in der Europäischen Gemeinschaft nicht in Frage gestellt wird durch Abschottungen, also protektionistische Maßnahmen, einzelner EG-Mitgliedstaaten nach

außen. Wir setzen uns deshalb für eine Außenhandelspolitik der EG ein, die sich an einer gemeinsamen Strategie für die einzelnen großen Wirtschaftsbranchen in der EG orientiert ...

Gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist es unser Ziel, deren eigenständige, selbstbestimmte Entwicklung zu fördern, ihnen bei der Entwicklung ihres eigenen Binnenmarktes zu helfen sowie ihre Kaufkraft zu stärken. Dem Abschluß von Kooperationsabkommen der EG mit Gruppen von Entwicklungsländern kommt hierbei eine wichtige Bedeutung zu. Hier können handelspolitische mit entwicklungspolitischen Orientierungen gekoppelt werden. Gleichzeitig setzen wir uns nachdrücklich für eine deutliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Dritte Welt ein und für Erleichterungen beim Zugang zu den europäischen Märkten. Dies liegt auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung in der Europäischen Gemeinschaft. Die Verstärkung der Kaufkraft der Dritten Welt hat unmittelbare Auswirkungen auf die wirksame Nachfrage bei uns.

### **Für gerechte Entwicklungschancen in allen Regionen Europas**

Die Stärke des europäischen Zusammenhalts und die Bereitschaft aller ihrer Regionen, sich als Teil der Europäischen Gemeinschaft zu fühlen, hängen mit der Behandlung regionaler Unterschiede zusammen. Regionale Protestbewegungen und die nicht zu unterschätzende Rückbesinnung auf regionale Traditio-

nen, zeigen deutlich ein Verlangen nach Bewahrung von Vielfalt und Besonderheit, aber auch nach Abbau von Unterschieden, die aus sozialer Ungerechtigkeit herrühren...

### **Für eine europäische Währungszone**

Bei der erreichten starken Verflechtung der Handels- und Dienstleistungsströme in der Gemeinschaft ist die Stabilisierung der Währungsbeziehungen innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Drittländern notwendige Voraus-

setzung für eine stetige Entwicklung der Wirtschaft ...

Ein gestärktes und verselbständigtes EWS bietet zugleich die Basis für eine größere Unabhängigkeit der Gemeinschaft von der bisher dominierenden Reservewährung US-Dollar und eröffnet damit die Möglichkeit einer relativ höheren Unabhängigkeit der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft von der von den eigenen nationalen Interessen bestimmten Politik der USA...

## **Unsere Zeit braucht ein demokratisches Europa**

Die Zahl der Länder in der Welt ist klein, in denen die bürgerlichen Freiheitsrechte, der Schutz der Persönlichkeit, die soziale und politische Entfaltung des einzelnen ähnlich stark wie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gewährleistet sind. Europa ist zwar der alte Kontinent, aber die Hoffnungen vieler in der Welt, die nach einem humanen Weg in die Zukunft suchen, richten sich eher auf das, was wir in Europa tun, als auf die Modelle der Supermächte.

Für uns Sozialdemokraten bestimmt seit dem vorigen Jahrhundert das demokratische Prinzip Weg und Ziel zugleich. Viele von unseren Vorgängern haben dafür mit dem Leben bezahlt, mancher in unseren Reihen hat Leben und Gesundheit dafür riskiert. Für uns ist

nur ein demokratisches Europa ein starkes Europa. Dafür kämpfen wir auf allen politischen und gesellschaftlichen Feldern.

### **Für die Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments**

Wir wollen für die Bürger Europas mehr Einwirkungsmöglichkeiten erreichen und zwischen ihnen und der Europäischen Gemeinschaft mehr demokratische Verbindung und Durchschaubarkeit schaffen. Dies heißt für uns auch: Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sollen im Lande ihres ständigen Wohnsitzes das Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Möglichkeit erhalten, wahlweise die Kandidaten ihres



Aufenthaltslandes zu wählen. Außerdem sollen sie das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten. Wir glauben, daß die Menschen von uns einen Beitrag zur Lösung der großen gemeinsamen Probleme erwarten und nicht, daß wir in abstrakte Verfassungsdiskussionen wie in den fünfziger Jahren flüchten.

#### **Für Zusammenarbeit über die EG hinaus**

Europa ist größer und Europa ist mehr als die heutige Europäische Gemeinschaft, auch wenn wir sie als die Organisation betrachten, mit deren Gründung der entscheidende historische Schritt zu einem immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker getan wurde, auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa, die wir schon in unserem Heidelberger Programm von 1925 gefordert haben...

Europa ist die Idee, die über die heute gegeneinander errichteten Blöcke hinausweist. Manches spricht dafür, daß differenziertere Strukturen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Europas für die Zukunft Europas entscheidend sein können, wenn es uns gelingt, die drohende Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern ...

Es geht darum, in Europa die Sicherheitspartnerschaft zu beginnen, fest zu verankern und alles zu tun, daß aus ihr eines Tages eine freiheitliche Ordnung des Friedens in Europa werden kann. Mehr Kon-

takt zwischen den Menschen, Wissenschafts-, Informations- und Kulturaustausch können die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten des ganzen Europa deutlich werden lassen und zwischen den Menschen und Völkern Europas Brücken bauen ...

#### **Für soziale Demokratie in Europa**

Zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus gehören von Anfang an die Prinzipien der Demokratie und der internationalen Solidarität. Die europäische Sozialdemokratie, ihre Organisationen und Parteien entstanden aus Protest, als eine Widerstands- und Selbsthilfebewegung der Arbeiter gegen die Unmenschlichkeit des Kapitalismus und Nationalismus.

Eben weil diese Entwicklung nicht auf ein Land beschränkt war, waren die internationale Solidarität und die gemeinsame Aktion die Antwort der Unterdrückten und Benachteiligten. Der Kampf um eine gerechte, demokratische und solidarische internationale Friedensordnung gehörte von Anbeginn zu den Zielen der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Die Erfahrungen aus unserer über 120-jährigen Geschichte geben uns den Mut, die großen Herausforderungen unserer Zeit an der Seite unserer Schwesterparteien zu bestehen.

Unsere Forderung nach einem Ausbau Europas zu einer Friedensgemeinschaft, in der sich der soziale Friede nach innen, der Friede mit der Natur und der Friede nach au-

ßen verwirklichen, knüpft an die historischen Wurzeln der völkerversöhnenden Politik von August Bebel und Jean Jaurès an. Es erinnert an das Bekenntnis der SPD in ihrem Heidelberger Programm, wo es heißt: Die SPD tritt ein für die

aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen." . . .